

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Übergangsregierung im Amt

Die griechische Übergangsregierung unter Ministerpräsident Ioannis Grivas und mit Georgios Papoulias als Ausenminister ist am Donnerstag vereidigt worden. Sie bleibt bis zu den Neuwahlen am 5. November im Amt. Es handelt sich um ein reines Fachleute-Kabinet. Grivas war bisher Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs. Das neue Kabinet löst die von Tsannis Tsanetakis geführte konservativ-kommunistische Koalition ab, die nach der Parlamentswahl vom 18. Juni ausschliesslich zu dem Zweck gebildet worden war, mit Abhör- und Finanzskandalen in der Amtszeit des sozialistischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu aufzuräumen.

Streit um Existenz der USAP

In Ungarn ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob die kommunistische Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) aufgehört hat zu existieren. Der zum Vorsitzenden der neugegründeten Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) gewählte bisherige USAP-Vorsitzende Rezső Nyers und die anderen Reformer vertreten den Standpunkt, dass es nach dem Auflösungsbeschluss des jüngsten Parteitages keine USAP mehr gibt. Hingegen beharren der bisherige Generalsekretär Karoly Grosz, der bisherige ZK-Sekretär Janos Berecz und andere Konservative darauf, dass sie noch Mitglied der USAP seien.

Papst besucht Ost-Timor

Papst Johannes Paul II. hat am Donnerstag bei einem Besuch in der 1976 von Indonesien annektierten ehemaligen portugiesischen Kolonie Ost-Timor an die «Verantwortlichen» appelliert, die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen in dem Gebiet voranzutreiben. Zu lange schon litten die Bewohner Ost-Timors unter einer instabilen Situation und einer unsicheren Zukunft, erklärte der Papst am vierten Tag seines Indonesien-Besuchs in einer Ansprache vor rund 60 000 Gläubigen in Dili.

«Nummer Vier» verhaftet

Der kolumbianischen Polizei ist ihr bisher grösster Fang seit Beginn des Krieges gegen die Rauschgiftschmuggler im August geglückt. Wie die Behörden in Bogota mitteilten, wurde der als «Nummer Vier» in der Hierarchie der Drogenbosse bekannte Jose Abello Silva in einem Restaurant in Bogota gefasst.

Hochzinspolitik bleibt

Der britische Schatzkanzler Nigel Lawson hat die Ansicht vertreten, dass die Beibehaltung hoher Zinsen in Grossbritannien unumgänglich sei. Lawson sagte am Donnerstag bei der Jahrestagung der Konservativen Partei in Blackpool, es werde immer wieder gefragt, ob es derzeit eine Alternative zur Hochzinspolitik gebe. Er fuhr fort: «Die Antwort ist: es gibt keine Alternative, und diese Politik wird sich bewähren.»

Förderung der kulturellen Tätigkeiten im Lande

Eine Gesetzesvorlage zur Förderung der Kultur in unserem Lande wurde in die Vernehmlassung gegeben

(G.M.) – Staat und Gemeinden richten jedes Jahr erhebliche Beiträge zur Förderung der Kultur und kultureller Tätigkeiten aus, obwohl eine gesetzliche Grundlage für die Kulturförderung fehlt. Die Regierung hat nun eine Gesetzesvorlage über die Förderung der Kultur in die Vernehmlassung gegeben, mit dessen Erlass der Gesetzgeber in die Lage versetzt wird, für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen verbindliche und richtungswisende Vorschriften aufzustellen.

Zum neuen Kulturförderungsgesetz haben vor allem zwei Elemente beigetragen: Einerseits die Überarbeitung des vor rund zehn Jahren erschienenen Kulturberichtes, zum anderen ein Postulat im Landtag, das die Erarbeitung eines Gesetzes über die Kulturförderung forderte. Schon vor zwei Jahren konnte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille in einem Interview erklären, dass sich der Kulturbericht in Überarbeitung befinde. Nach seiner damaligen Darstellung geht es dabei um eine Bestandaufnahme, um den Bericht auf den neuesten Stand zu bringen: «Eine solche Bestandaufnahme ist notwendig, um überhaupt die Grundsätze und Ziele der staatlichen Kulturförderung festlegen und mit

den Initiativen der Gemeinden koordinieren zu können. «Vor allem sollte mit dem Bericht aufgezeigt werden, erklärte Wille, wie die staatlichen Mittel verwendet würden.

Förderung im Interesse des Landes

Der Entwurf für ein neues Kulturförderungsgesetz legt im Zweckartikel fest, dass die kulturelle Tätigkeit im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung gefördert werden soll, vornehmlich wenn diese Tätigkeiten im Lande selbst ausgeübt werden oder in einer besonderen Beziehung zum Lande stehen. Als kulturelle Tätigkeit definiert der Vorschlag «die Summe der geistigen und schöpferischen Leistungen des Menschen in ihren produzierenden und reproduzierenden Formen, die über das nur Notwendige und Nützliche hinausgehen, sowie die Pflege der hiedurch geschaffenen Werte und die Wahrung und Vertiefung des Verständnisses hiefür.»

Staat nur fördernd tätig

Dass der kulturellen Tätigkeit in einem Lande eine grosse Bedeutung zukommt, ist eine allgemein anerkannte Tatsache.

Ebenso klar aber ist auch, dass sich kulturelle Tätigkeiten wirtschaftlich nicht selbst tragen können. Bei der materiellen Unterstützung, die dazu erforderlich ist, erscheint der Ruf nach dem Staat (oder den Gemeinden) als das Naheliegendste. Wie aus dem Begleitschreiben zur Vernehmlassungsvorlage hervorgeht, ist der Ruf nach staatlichen Massnahmen jedoch nicht problemlos, da der für kulturelles Schaffen notwendige Freiraum eingengt werden könnte. Die Vorlage spricht sich deshalb für eine staatliche Kulturpolitik aus, die nicht regelnd, sondern nur fördernd in Erscheinung tritt und «auf die pluralistische Struktur der Gesellschaft Bedacht nimmt.»

Unterstützung durch die Gemeinden

Kulturförderung soll nach dem Gesetzesentwurf auch Aufgabe der Gemeinden sein, denn dort herrsche vor allem «reges kulturelles Leben». In Zukunft sollte nach der Vernehmlassungsvorlage vermehrt darauf geachtet werden, dass die Gemeinden das kulturelle Leben, das sich auf die Gemeinde bezieht, finanziell unterstützt wird. Der Staat sollte dort unterstützend eingreifen, wo ein nationaler Bezug gegeben ist.

Bessere Wasserversorgung für Triesen und Balzers

Die beiden Gemeinden sollen ein gemeinsames Grundwasserpumpwerk im «Heilos» bekommen

(wan) – Die Wasserversorgung der Gemeinden Triesen und Balzers soll verbessert werden. Dies ist aus den jeweiligen Gemeinderatsprotokollen vom Monat September der beiden Gemeinden zu entnehmen, wonach sich ein gemeinsames Grundwasserpumpwerk im «Heilos» an der Grenze zwischen Triesen und Balzers in der Vorabklärungsphase befindet.

Sowohl in Triesen als auch in Balzers ist die derzeitige Wasserversorgung noch nicht optimal gesichert. Während Balzers in Höchstverbrauchszeiten ein zu knappes Wasserangebot aufweist, wird die Gemeinde Triesen derzeit noch mit Quellwasser versorgt, wobei eine allfällige Notversorgung über den Notbrunnen Svarovski erfolgt. Um diese Situation aus der Welt zu schaffen, sind die beiden Gemeinden nun bemüht, die auch im laufenden Projekt der Gruppenwasserver-

sorgung Liechtensteiner Oberland vorgesehene Errichtung eines Grundwasserpumpwerkes voranzutreiben. Aufgrund verschiedener hydrologischer Abklärungen erwies sich der Standort «Heilos» an der Gemeindegrenze zwischen Rheindamm und Binnenkanal, wobei der genaue Standort noch eruiert werden muss, als der günstigste. Die beiden Gemeinden haben nun das Ingenieurbüro Sprenger und Steiner mit den Vorprojektierungsarbeiten beauftragt und dafür die entsprechenden Kredite bereitgestellt.

Weitere Abklärungen nötig

In den vergangenen Wochen wurden gemäss Auskunft des bearbeitenden Ingenieurbüros bereits einige Sondierbohrungen angestellt, und in ca. 14 Tagen soll mit neuen Bohrungen sowie mit der Erstellung eines Versuchsbrunnens begonnen werden. Dies ist notwendig, um

Abklärungen bezüglich der projektierten Wassermenge sowie der Wasserqualität bei niedrigerem und höherem Grundwasserspiegel sowie bei Rhein-Hochwasser durchführen zu können.

Das Projekt, welches sich wie erwähnt in das Gesamtprojekt der Wasserversorgung Liechtensteiner Oberland einfügt, ist derzeit noch in der Vorabklärungsphase. Mit dem Bau wird nach Abschluss der Projektierungsphase, sofern alles gut verläuft, voraussichtlich gegen Ende des kommenden Jahres begonnen werden können.

Die Kosten des gesamten Projektes werden sich nach ersten Schätzungen an der Zwei-Millionen-Marke bewegen. Diese werden sich die Gemeinden Triesen und Balzers je zur Hälfte teilen, wobei vom Land eine Subvention von 40 % zu erwarten ist.

47. Olma im Zeichen des qualitativen Wachstums

Bundesrat Koller für mehr Transparenz in der Landwirtschaftspolitik – Über 400 000 Besucher erwartet

St. Gallen (AP) Mit Aufrufen zur Erhaltung der bäuerlich geprägten Landwirtschaft und Appellen zugunsten vermehrter Transparenz in der Agrarpolitik ist am Donnerstag in St. Gallen die 47. Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft (Olma) eröffnet worden. In seiner Eröffnungsrede gab sich Bundesrat Arnold Koller überzeugt, dass die Schweiz auch in Zukunft den internationalen Herausforderungen durch die Europäische Gemeinschaft standhalten könne. An der Messe werden wiederum über 400 000 Besucher erwartet. Aus Liechtenstein war Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille an der Eröffnungsfeier dabei.

Koller verteidigte in seiner Rede die bisherigen Eckpfeiler der Schweizer Agrarpolitik. Er gab sich überzeugt, dass trotz zunehmender internationaler Herausforderung die «Konstanten unserer Landwirtschaft dem Wandel nicht vollumfänglich zum Opfer fallen». Auch in Zukunft gelte es, den ausländischen Agrarexportländern den Zugang zum inländischen Markt offenzuhalten. Im Vordergrund stehe aber eindeutig die Existenzsicherung der inländischen Bauern und dazu brauche es vorab verschiedene Anpassungen im Getreidesektor und in der Einkommenspolitik. Als hauptsächliche Verhandlungstrümpfe im Kampf gegen die Überschwemmung des inländischen Marktes mit ausländischen Konkurrenzprodukten nannte der Vorsteher

des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) vorab die geltenden Agrarimportquoten und die wirksamen Produktionsbeschränkungen in der Schweizer Landwirtschaft.

Die diesjährige Olma dauert vom 12. bis 22. Oktober. Nach einer dreijährigen Ausbauphase verfügen die Aussteller über zehn Hallen mit einer Ausstellungsfläche von rund 32 000 Quadratmetern.

Hinzu kommen Stallungen und 7000 Quadratmeter Ausstellfläche im Freien. Die beiden Gastkantone präsentieren sich unter dem Titel «Appenzell – Universell». Das im vergangenen Jahr eingeführte Forum mit aktuellen Informationsveranstaltungen wird auch in diesem Jahr mit zahlreichen Symposien, Kursen, Referaten und den sogenannten «Olma-Agrargesprächen» fortgesetzt.



Die gestern eröffnete 47. Olma in St. Gallen erwartet bis zum 22. Oktober über 400 000 Besucher. Die Gastkantone Auserroden und Innerroden haben unter dem Titel «Appenzell universell» zahlreiche Aktivitäten vorbereitet. (Bild: AP)

Verfassungsinitiativen:

Volksabstimmung am 1./3. Dezember

(paf) – Die Regierung hat die Termine für die Volksabstimmung über die beiden gültig zustande gekommenen Verfassungsinitiativen auf Freitag und Sonntag, 1./3. Dezember, festgesetzt. Die Wahllokale sind am Freitag, 1. Dezember, von 17.00 Uhr beziehungsweise 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr und am Sonntag, 3. Dezember, von 10.00 bis 12.00 Uhr geöffnet.

Weisungen für den Winterdienst 1989/90

(paf) – Die Regierung hat für den vom Tiefbauamt betreuten Winterdienst Weisungen erlassen, wonach lediglich die Nord-Süd-Verbindung von der Landesgrenze in Schaanwald bis zur Rheinbrücke in Balzers sowie die Anschlüsse zur N13 in Vaduz, Schaan und Eschen unter Verwendung chemischer Auftaumittel schwarz geräumt werden dürfen. Auf allen anderen Strassen wird normal geräumt und bei Winterglätte in der Regel Hartstreugut verwendet. Lediglich in der Übergangssaison und bei Bildung von Glätte ist im Ausnahmefall auch auf diesen Strassen die dosierte Verwendung von chemischen Auftaumitteln gestattet, sofern sie durch den Einsatzleiter zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit angeordnet wird.

Gemäss den von der Regierung genehmigten Weisungen an das Tiefbauamt können zudem bei Strassenstrecken mit mehr als 10 Prozent Steigung sowie auf den Strassen Vaduz-Triesenberg-Malbun und Masescha-Gaflei dem Hartstreugut bei kritischen Verhältnissen geringe Salzmengen beigegeben werden. Die Entscheidungsbefugnis über die Salzbeigabe, die ausschliesslich bei Vereisungsgefahr erlaubt ist, liegt bei den Einsatzleitern.

Ozonbelastung war «wesentlich zu hoch»

Bern (AP) Die Ozonbelastung in der Schweiz hat in den Jahren 1985 bis 1988 sowohl die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung wie die Richtlinien von internationalen Organisationen häufig und teilweise erheblich überschritten. Zu diesem Befund gelangt das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) aufgrund regelmässiger Luftschadstoffmessungen. Um die Ozonbelastung auf ein akzeptables Mass zu bringen, müssten auch die Kantone diesen Schadstoff in ihre Massnahmenpläne einbeziehen, wie es im Buwal-Bulletin vom Donnerstag heisst.

Beim Vergleich der Messdaten von insgesamt zehn Stationen kommt das Buwal zum Schluss, dass die Jahre 1985 und 1986 wegen der hohen Temperaturen, der langen und starken Sonneneindauer und der geringen Windgeschwindigkeiten besonders günstig für die Bildung von Ozon waren. Sehr hoch war die Belastung in Payerne (VD), Sion und Basel, wo während 50 bis 60 Prozent des Sommerhalbjahres der Grenzwert der Luftreinhalteverordnung überschritten wurde. 1987 zeigte dann eine deutlich tiefere Ozonbelastung, bevor 1988 praktisch wieder die Spitzenwerte von 1986/87 erreicht wurden.

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Aeulestrasse 74
Telefon 075 / 2 81 88

SCHNELL · KORREKT · ZUVERLÄSSIG

TOP
Service

FÜR EINE SAUBERE UMWELT
VADUZ Tel.: 075 / 2-51-51